



Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Mittwoch, den 31. Dezember 1884.

Nr. 611.

Abonnements-Einladung.

Unsere geehrten Leser, namentlich die auswärtigen, bitten wir, das Abonnement auf unsere Zeitung recht bald erneuern zu wollen, damit ihnen dieselbe ohne Unterbrechung zugeht und wir sogleich die Stärke der Auflage feststellen können. Die reichhaltige Fülle des Materials, welches wir aus den politischen Tagesereignissen, aus den gewöhnlich so interessanten Kammerberichten, aus den lokalen und provincialen Begebnissen darbieten, die Schnelligkeit unserer Nachrichten ist so bekannt, daß wir es uns versagen können, zur Empfehlung unserer Zeitung irgend etwas zuzufügen. Ebenso werden wir auch ferner für ein interessantes und spannendes Feuilleton Sorge tragen.

Der Preis der täglich zweimal erscheinenden Stettiner Zeitung beträgt außerhalb auf allen Postanstalten vierteljährlich nur zwei Mark, in Stettin in der Expedition monatlich 50 Pfenninge, mit Bringerlohn 70 Pfg. Die Redaktion.

Deutschland.

Berlin, 31. D. Der Reichstag hat am 30. Dezember seinen 15. Sitzungstag abgehalten. Die Verhandlungen waren von der Tagesordnung der Reichstagsverwaltung, welche sich gegen die Majorität vom Reichstag und dem Reichskanzler das Verlangen äußerte, die Reichstagsverwaltung in der Gesamtheit einer gemäßigten Demonstration eines bedeutenden Bruchtheiles der deutschen Wählerschaft. — Diejenige, deren Verbalten am 15. d. also gemäßigter wird, suchen die Kraft dieses Urtheils durch die Behauptung zu vermindern, daß dieselbe Adressenstürme künstlich gemacht würden und wenig für die Stimmung des Volkes beweisen könnten; denn wenn die Fabrikherren ihre Arbeiter, die Vorgesetzten ihre Untergebenen, die Gutsbesitzer ihre Leute aufboten, um Adressen zu unterzeichnen, so könne leicht ein solcher „Adressenschwau“ (Ausdruck eines oppositionellen Blattes) in Szene gesetzt werden, ohne daß dabei der wahre Ausdruck der Meinung des deutschen Volkes zum Vorschein käme. Uebrigens seien gerade in den letzten Tagen unter dem Druck dieser öffentlichen Stimmung zwei Deutsch-Freisinnige, nämlich Schrader in Danzig und Fordanbeck in Sagan-Sprottau, bei Nachwahlen aus der Urne hervorgegangen. Dies beweise denn doch, daß die Empörung wider die Opposition nicht so tiefgehend und allgemein sei, wie es die Gegner derselben glauben machen wollten. Es ist nicht unseres Amtes, die Begründung dieser oder der entgegengegesetzten Auffassung zu prüfen. Wir haben es nur mit den Thatsachen zu thun. Unter diesen aber wird das Fehlen jeglicher Zustimmungserklärungen für die Opposition vom 15. Dezember vermisst, wogegen von verschiedenen Wählerschaften deutsch-freisinnig vertretener Wahlkreise bereits an die betreffenden Abgeordneten Tadeläußerungen gerichtet worden sind. Unter denselben befinden sich, wie wir als besonders bemerkenswerth verzeichnen zu müssen glauben, Zuschriften an die Abgeordneten Dr. Meyer (Halle) und Dr. Braun (Wiesbaden). Ersterer hat darauf mit der Darlegung geantwortet, daß die Ablehnung der 20,000 Mark keineswegs den Sinn einer dauernden Versagung jener Summe gehabt und sachlich durchaus keine Nachteile würde hervorgerufen haben, weil der Reichskanzler seiner eigenen Erklärung zufolge sich mit Hilfsarbeitern und Remunerationen recht wohl hätte helfen können; übrigens werde man ja in der dritten Lesung die Summe gewähren. Dieser dagegen weist das Mißtrauensvotum ziemlich derb ab, indem er dasselbe denjenigen Wählern in die Schuhe schiebt, die bereits bei seiner Wahl gegen ihn gewirkt hätten und deren Vertrauen er deshalb nicht habe verlieren können, weil er es nie

besseren. — Trotzdem nun die deutsch-freisinnigen Parlamentsmitglieder sich bemühen, ihre Haltung zu rechtfertigen oder wenigstens zu entschuldigen, wird aus der Mitte ihrer Gesinnungsgenossen manche ernste Warnung gegen die Hartnäckigkeit erhoben, mit der man sich auf Seiten der Opposition der Einsicht, einen Fehler begangen zu haben, widersehe. Eine sehr beachtenswerthe Stimme dieser Art läßt sich in der „Wes.-Ztg.“ vernehmen, die zunächst der Ueberzeugung Raum giebt, daß man aller Ablehnungenungeachtet auch in der deutsch-freisinnigen Kreise bereits zur Erkenntnis des begangenen Fehlers gelangt sei und dann die Meinung hinzugefügt, „die Herren in Berlin“ würden schwerlich glauben, wie sehr jener Reichstagsbeschluss der Partei geschadet habe und wie schwer es ihren Freunden dort draußen sei, das Publikum in seiner Erregung davon abzuhalten, das Kind mit dem Bade auszuschütten. Die Mahnungen, daß erstens sachlich nichts „verpörrt“ sei, weil Kanzler und Opposition anerkannt haben, daß Fürst Bismarck unbehindert Hilfskräfte anstellen und bezahlen könne, und weil auch noch eine dritte Lesung des Etats bevorstehe; daß zweitens in der Mannichfaltigkeit des politischen Lebens solche einzelne Punkte zu großer Unbedeutendheit herabsinken, verhallen fast ungehört. „So können wir — äußert sich die „Wes.-Ztg.“ im Anschluß an diese Ausführungen weiter — auf der anderen Seite die Abgeordneten nicht ernstlich genug mahnen, kein neues Del mehr zu gießen. Der Adressenschwau ist ein innerer Gehalt

der Reichstag am 30. Dezember seinen 15. Sitzungstag abgehalten. Die Verhandlungen waren von der Tagesordnung der Reichstagsverwaltung, welche sich gegen die Majorität vom Reichstag und dem Reichskanzler das Verlangen äußerte, die Reichstagsverwaltung in der Gesamtheit einer gemäßigten Demonstration eines bedeutenden Bruchtheiles der deutschen Wählerschaft. — Diejenige, deren Verbalten am 15. d. also gemäßigter wird, suchen die Kraft dieses Urtheils durch die Behauptung zu vermindern, daß dieselbe Adressenstürme künstlich gemacht würden und wenig für die Stimmung des Volkes beweisen könnten; denn wenn die Fabrikherren ihre Arbeiter, die Vorgesetzten ihre Untergebenen, die Gutsbesitzer ihre Leute aufboten, um Adressen zu unterzeichnen, so könne leicht ein solcher „Adressenschwau“ (Ausdruck eines oppositionellen Blattes) in Szene gesetzt werden, ohne daß dabei der wahre Ausdruck der Meinung des deutschen Volkes zum Vorschein käme. Uebrigens seien gerade in den letzten Tagen unter dem Druck dieser öffentlichen Stimmung zwei Deutsch-Freisinnige, nämlich Schrader in Danzig und Fordanbeck in Sagan-Sprottau, bei Nachwahlen aus der Urne hervorgegangen. Dies beweise denn doch, daß die Empörung wider die Opposition nicht so tiefgehend und allgemein sei, wie es die Gegner derselben glauben machen wollten. Es ist nicht unseres Amtes, die Begründung dieser oder der entgegengegesetzten Auffassung zu prüfen. Wir haben es nur mit den Thatsachen zu thun. Unter diesen aber wird das Fehlen jeglicher Zustimmungserklärungen für die Opposition vom 15. Dezember vermisst, wogegen von verschiedenen Wählerschaften deutsch-freisinnig vertretener Wahlkreise bereits an die betreffenden Abgeordneten Tadeläußerungen gerichtet worden sind. Unter denselben befinden sich, wie wir als besonders bemerkenswerth verzeichnen zu müssen glauben, Zuschriften an die Abgeordneten Dr. Meyer (Halle) und Dr. Braun (Wiesbaden). Ersterer hat darauf mit der Darlegung geantwortet, daß die Ablehnung der 20,000 Mark keineswegs den Sinn einer dauernden Versagung jener Summe gehabt und sachlich durchaus keine Nachteile würde hervorgerufen haben, weil der Reichskanzler seiner eigenen Erklärung zufolge sich mit Hilfsarbeitern und Remunerationen recht wohl hätte helfen können; übrigens werde man ja in der dritten Lesung die Summe gewähren. Dieser dagegen weist das Mißtrauensvotum ziemlich derb ab, indem er dasselbe denjenigen Wählern in die Schuhe schiebt, die bereits bei seiner Wahl gegen ihn gewirkt hätten und deren Vertrauen er deshalb nicht habe verlieren können, weil er es nie

— Anschließend offiziös wird versichert, es sei soeben vom Finanzminister verfügt worden, daß bei der Rückgabe der Gerichtskosten der Verwaltung von der Verwaltung der indirekten Steuern an die Gerichte sämtliche seiner Zeit aus der Justiz in die Steuerverwaltung übergetretene Beamte mit dem 1. April f. J. auf Wartegeld gesetzt werden sollen. Zugleich wird denselben jedoch eröffnet, daß sie sämtlich (mit Ausnahme Einzelner, die ihr Examen in der Justizverwaltung bis jetzt nicht gemacht hatten) in der Justizverwaltung mit mindestens demselben Gehalt, als sie bei der Steuerverwaltung beziehen und dem entsprechenden Wohnungszuschuß des Orts ihrer demnächstigen Stationierung wieder angestellt werden sollen. Ihre Einberufung zu den ihnen verliehenen Stellen haben sie von den Vorstandsbeamten des betreffenden Oberlandesgerichts, in dessen Bezirk ihre Anstellung stattfindet, demnächst zu erwarten. Voraussetzlich werden fast sämtliche in Rede stehende Beamte schon am 1. April f. J. wieder angestellt, so daß die Veretzung in den einstweiligen Ruhestand für die meisten keine nachtheilige Bedeutung hat.

— Die Voranschläge für den preussischen Haushaltsetat sind nunmehr beendet und sollen, wie wir erfahren, von denen des vorigen Jahres nur unwesentlich abweichen. Im Allgemeinen sind bei Aufstellung des Etats die Grundsätze möglicher Sparsamkeit maßgebend gewesen, um in den Einnahmen und Ausgaben des

Staates eine Störung des Gleichgewichts möglichst zu verhindern. Man wird auch anerkennen müssen, daß dies im Allgemeinen gelungen ist, trotzdem wird man von einer günstigen Finanzlage nicht sprechen können, denn von einer solchen kann so lange nicht die Rede sein, als selbst notwendige Ausgaben zurückgestellt werden müssen und die Deckung des auf Preußen entfallenden Theiles der Matrikularbeiträge aus den laufenden Einnahmen nicht zu ermöglichen ist. Ein Defizit erscheint in Preußen überhaupt für die nächste Zeit unausbleiblich, wenn dasselbe auch nur auf die Minder-Einnahmen im Reiche zurückzuführen ist, und es wird selbstverständlich Aufgabe der Finanzverwaltung sein, die Mittel zur Deckung desselben zu schaffen.

— Mit erkennbarem Bezug auf das bestehende Verbot der Einfuhr amerikanischer Schweinefleisch bringt die „N. A. Z.“ folgende Mittheilung:

Nach Mittheilungen amerikanischer Zeitungen ist in den Staaten Ohio, Indiana, Connecticut und West-Virginia die Schweine-Cholera neuerdings auf das Heftigste ausgebrochen und hat schwere Verluste der Schweinezüchter zur Folge gehabt. Auch in der Umgegend der Ortschaft Flatbush bei New-York ist die Krankheit unter den Schweinen ausgebrochen und fordert täglich im Durchschnitt 30 Opfer. Es werden durchgängig nur noch gesunde Schweine, welche beinahe ausschließlich für den Export bestimmt sind, nach Europa verschifft. Die Kadaver der von der Krankheit betroffenen Schweine werden in New-York vergraben. Der Brooklyner Sanitätskommissar beabsichtigt, diese Angelegenheit eingehend zu untersuchen und namentlich Ermittlungen betreffs derjenigen Fleischer anzustellen, welche wesentlich die an der Seuche kranken Schweine gekauft haben. Aus den Staaten Kentucky und Illinois wird außerdem das Auftreten der Lungenseuche unter dem Rindvieh mitgetheilt.

— Die Handelskammer in Hamburg ist wohl die erste, welche ihren Bericht über das Jahr 1884 erstattet; derselbe liegt bereits heute vor. Wir heben zunächst das folgende Urtheil über die Geschäftslage im Allgemeinen — das von allen Seiten bekräftigt wird — hervor:

„Die Signatur des verflossenen Jahres ist in geschäftlicher Hinsicht im Wesentlichen dieselbe gewesen, wie diejenige des Vorjahres, nur haben sich die charakteristischen Erscheinungen in verschärftem Maße geltend gemacht. Alle diese Erscheinungen lassen sich mehr oder weniger auf eine zurückführen, nämlich auf die allgemeine Ueberfüllung in allen Zweigen wirtschaftlicher Thätigkeit. Die übergroße Zahl von Mitbewerbern in allen Geschäftszweigen hat die Verdienste aus der vermittelnden Thätigkeit des Handels und der Schifffahrt auf ein vielfach kaum mehr lohnendes Maß herabgedrückt. Ueberall ist die Produktion derartiger gesteigert worden, daß der Konsum die Mengen der Waaren nicht mehr aufnehmen vermag, daß alle Märkte überfüllt sind und die Preise eine stetig rückgängige Bewegung verfolgen, welche der Spekulation jede gesunde Grundlage zu beleben dem Eingreifen entzieht. Es betrifft dieses fast alle Gattungen von Waaren, die Import- wie die Exportwaaren, die Industrie-Erzeugnisse, wie die Rohprodukte. Wenn die Landwirtschaft gegenwärtig besonders lebhaft Klagen über ihre ungünstige Lage erhebt, so mögen dieselben wohl begründet sein, es muß aber hervorgehoben werden, daß ähnliche Verhältnisse auf allen Gebieten wirtschaftlicher Thätigkeit obwalten. Die mehr oder weniger in allen Staaten hervortretenden Bestrebungen, den inneren Markt durch Ausschluß der fremden Erzeugnisse zu erleichtern, können, schon weil sie sich in ihren Wirkungen gegenseitig aufheben, für die allgemeine Lage keine Abhilfe schaffen und nur die natürliche Ausgleichung erschweren. Die dargelegten Erscheinungen haben auf der anderen Seite eine quantitative Zunahme der Umsätze und des Verkehrs zur Folge gehabt.“

Ueber die Kolonialpolitik bemerkt der Bericht:

Wir haben dieses Vorgehen mit um so größerer Freude begrüßt, als wir bereits im Juli

1883 in Veranlassung einer Anfrage betreffs der Verhältnisse in den westafrikanischen Kolonien Englands und Frankreichs in einer ausführlichen Denkschrift — welche ihrem wesentlichen Inhalte nach in der dem Reichstage kürzlich übergebenen Zusammenstellung bezüglich der Afrikastücke aufgenommen ist und auch als Anlage zu diesem Berichte abgedruckt werden wird — fast genau dasselbe befürwortet haben, was jetzt zur Ausführung gelangt ist. Wir sind überzeugt, daß das Eintreten in eine überseeische Politik, wie sie aus jenen Afrikastücken und den Erklärungen der Regierungsvorsteher hervorgeht, zum Heile Deutschlands gereichen werde, wie sie auch von der Zustimmung der großen Mehrheit des deutschen Volkes getragen wird. Die Gewährung weitreichendsten Schutzes für den deutschen Handel, geeignetenfalls auch durch Ausdehnung der deutschen Autorität über überseeische Gebiete — wobei die Form, in der dies geschieht, ob Protektorat, ob direkte Besitzergreifung, von den konkreten Verhältnissen abhängig gemacht werden muß — wird dem deutschen Handel und der deutschen Industrie neue Felder der Thätigkeit, neue Absatzgebiete erschließen; der daraus für das deutsche Wirtschaftsleben erwachsende Nutzen wird auch zu diesem Behufe etwa erforderlich werdende Opfer bei weitem überwiegen.

— Ueber die mehrfach erwähnten Handelspolitischen Abmachungen zwischen Nordamerika und den spanischen Antillen sagt die Hamburger Handelskammer:

Der Reichstag hat am 30. Dezember seinen 15. Sitzungstag abgehalten. Die Verhandlungen waren von der Tagesordnung der Reichstagsverwaltung, welche sich gegen die Majorität vom Reichstag und dem Reichskanzler das Verlangen äußerte, die Reichstagsverwaltung in der Gesamtheit einer gemäßigten Demonstration eines bedeutenden Bruchtheiles der deutschen Wählerschaft. — Diejenige, deren Verbalten am 15. d. also gemäßigter wird, suchen die Kraft dieses Urtheils durch die Behauptung zu vermindern, daß dieselbe Adressenstürme künstlich gemacht würden und wenig für die Stimmung des Volkes beweisen könnten; denn wenn die Fabrikherren ihre Arbeiter, die Vorgesetzten ihre Untergebenen, die Gutsbesitzer ihre Leute aufboten, um Adressen zu unterzeichnen, so könne leicht ein solcher „Adressenschwau“ (Ausdruck eines oppositionellen Blattes) in Szene gesetzt werden, ohne daß dabei der wahre Ausdruck der Meinung des deutschen Volkes zum Vorschein käme. Uebrigens seien gerade in den letzten Tagen unter dem Druck dieser öffentlichen Stimmung zwei Deutsch-Freisinnige, nämlich Schrader in Danzig und Fordanbeck in Sagan-Sprottau, bei Nachwahlen aus der Urne hervorgegangen. Dies beweise denn doch, daß die Empörung wider die Opposition nicht so tiefgehend und allgemein sei, wie es die Gegner derselben glauben machen wollten. Es ist nicht unseres Amtes, die Begründung dieser oder der entgegengegesetzten Auffassung zu prüfen. Wir haben es nur mit den Thatsachen zu thun. Unter diesen aber wird das Fehlen jeglicher Zustimmungserklärungen für die Opposition vom 15. Dezember vermisst, wogegen von verschiedenen Wählerschaften deutsch-freisinnig vertretener Wahlkreise bereits an die betreffenden Abgeordneten Tadeläußerungen gerichtet worden sind. Unter denselben befinden sich, wie wir als besonders bemerkenswerth verzeichnen zu müssen glauben, Zuschriften an die Abgeordneten Dr. Meyer (Halle) und Dr. Braun (Wiesbaden). Ersterer hat darauf mit der Darlegung geantwortet, daß die Ablehnung der 20,000 Mark keineswegs den Sinn einer dauernden Versagung jener Summe gehabt und sachlich durchaus keine Nachteile würde hervorgerufen haben, weil der Reichskanzler seiner eigenen Erklärung zufolge sich mit Hilfsarbeitern und Remunerationen recht wohl hätte helfen können; übrigens werde man ja in der dritten Lesung die Summe gewähren. Dieser dagegen weist das Mißtrauensvotum ziemlich derb ab, indem er dasselbe denjenigen Wählern in die Schuhe schiebt, die bereits bei seiner Wahl gegen ihn gewirkt hätten und deren Vertrauen er deshalb nicht habe verlieren können, weil er es nie

Bei Erörterung der politischen Zukunft der Kongoländer ist in der Presse mehrfach auf die Eventualität einer monarchischen Organisirung des jungen Staatswesens hingewiesen worden. Es läßt sich nicht leugnen, schreiben heute die offiziellen „Berl. Pol. Anz.“, daß die Institution der Internationalen afrikanischen Gesellschaft, deren offizielle Rundgebungen die Unterzeichnung eines bloßen Privatpactes, des Obersten Strauch, als des Vorsitzenden tragen, während andererseits ihre Flagge als die eines befreundeten Staates (of a friendly state) anerkannt ist, mit den heutigen Begriffen von völkerrechtlicher Norm und Repräsentation staatlicher Autorität nicht recht harmonisirt. Mit einer Privat-Gesellschaft, deren Domizil noch obendrein nicht einmal an Ort und Stelle, sondern in Brüssel befindlich ist, in offiziellen Verkehr zu treten, dürfte materiellen Bedenken kaum minder als formellen begegnen; jedenfalls liegt die Schlussfolgerung äußerst nahe, daß ein aus dem Geiste moderner Zivilisation heraus gegründetes und organisiertes Staatswesen auch eine repräsentative Spitze haben

folgte, mittels derer es zur Anknüpfung regelmäßiger amtlicher Beziehungen zu den übrigen Kulturstaaten befähigt wird. Diesbezüglich scheint auch in den einschlägigen Betrachtungen der Presse volle Einmütigkeit zu herrschen. Was indes die Vermuthungen und Kombinationen anlangt, welche die Person des eventuellen Kongresspräsidenten zum Gegenstande haben, so sind dieselben ziemlich willkürlicher Art, und ist von einer diesbezüglichen Entscheidung einstweilen noch gar keine Rede. Nur soviel dürfte jetzt schon feststehen, daß eine endgültige Regelung der internationalen Stellung des Kongo-Staates auch auf Lösung der Frage seiner repräsentativen Spitze wird Bedacht nehmen müssen.

— Im bulgarischen Parlament scheint noch eine eigenthümliche Geschäftsordnung zu herrschen. In einer der letzten Sitzungen klagte ein Mitglied der Opposition, Herr Sivacev, die Regierung des Ministers Karawelow an, daß ihr eigentliches Ziel dahin gehe, die zu erbauende Eisenbahnstrecke Zaribrod-Balarev russischen Unternehmern in die Hände zu spielen. Herr Sivacev führte den Nachweis, daß das Eisenbahngesetz nicht vom Kabinete, sondern von dem Vorstand der Eisenbahnbau-Abtheilung, dem russischen Fürsten Hilow, ausgearbeitet worden sei. Als endlich Herr Sivacev den Ministerpräsidenten beschuldigte, verschiedene zum Nachtheile des bulgarischen Staateschaffes vorgekommene Manipulationen unterstützt zu haben, da erhob sich Karawelow und forderte den Präsidenten der Sobranie auf, dem Redner das Wort zu entziehen. Als der Vorsitzende dieser Aufforderung nicht nachkam, stürzten etwa 30 Deputirte der Regierungspartei auf Sivacev und schlugen denselben, bis er, aus mehreren Wunden blutend, zusammenstürzte. Bei der Brügge brach die Rednertribüne zusammen. Die fremden Vertreter, welche der Sitzung beiwohnten, verließen während dieses Vorfalls den Saal, und das Publikum auf den Gallerien gab seinem Abscheu und seiner Entrüstung über diesen Vorfall in lauter Weise Ausdruck. Zehn Minuten nach ausgetobter Schlacht wurde die Debatte fortgesetzt. Am nächsten Tage wurde eine öffentliche Volksversammlung abgehalten, doch waren die Ministeriellen stärker als die Anhänger der Opposition, obgleich Letztere das Meeting veranstaltet hatten. Letzteren blieb nichts Anderes übrig, als den Saal zu verlassen, während die Ministeriellen nach Konstituierung eines Büreaus die Versammlung fortsetzten. Fünf Redner nahmen das Wort, um das Verhalten der Opposition zu tadeln und der Kammer, sowie dem Kabinete ihr volles Vertrauen auszusprechen, und es wurde eine Resolution dieses Inhalts beschloffen. Dann begaben sich mehr als 1000 der Teilnehmer vor das Palais des Fürsten, wo sie diesem durch Hurrahgeschrei und Rufe: „Es lebe der Fürst Alexander!“ eine Ovation bereiteten. Der Fürst empfing das Volk auf dem Balkon, um die Resolutionen entgegenzunehmen, und sprach seine Befriedigung aus, daß die Bürger von Sofia so lebhaften Antheil an den Angelegenheiten ihres Vaterlandes nehmen.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 31. Dezember. Von dem Centralverband der Vereins-Armenpflege wird vom 1. Januar ab in dem Hause Oberwies 4 die erste Vereins-Kaffeezeit eröffnet werden. In derselben werden während des ganzen Tages gute Speisen und Getränke — außer geistigen Getränken — zu mäßigen Preisen verabreicht werden und zwar sind die Preise wie folgt festgesetzt: für 1/4 Liter Kaffee, Thee oder Milch 5 Pf., für 1 Stück (1/12) Brod, 2 Semmeln oder 1 Reibe Salzkrumen 5 Pf., geschnitten 10 Pf., belegt 15 Pf., Wurst, einen marinirten Hering oder eine Portion Pellkartoffeln 10 Pf. u. s. w.

— In Deutschland exportirten in den letzten Jahren von 49,500 Dampfseffeln jährlich 16, von den in Deutschland durch Vereine revidirten circa 17,000 Seffeln überhaupt erst ein einziger. Der Arbeiter Herrn. F r i z, welcher beim Gypsfabrikanten Quast, Zabelsdorferstraße 29, in Arbeit steht, fand vorgestern in einem Arbeitsraum eine Flasche mit einer Flüssigkeit, welche er für Schnaps hielt. Er trank davon und verbrannte sich in erheblicher Weise Mund und Speiseröhre, denn der vermeintliche Schnaps war — Scheidewasser.

Aus den Provinzen.

Polgast 29. Dezember. Am 10. d. M. fand vor Seiten der königlichen Fortifikation in Swinemünde die Fammlichen Requisition der Poenemünder Schanze in öffentlicher Auktion an Ort und Stelle versteigert worden. Der ziemlich floride gelegene Verkaufsort ließ erwarten, daß sich außer den Benennenden Einwohnern nur sehr wenige Käufer finden würden. Die zum Verkauf ausgebotenen Requisitionen wurden daher außerordentlich billig fortgegeben; beispielsweise sind 680 Ballistaden, darunter 25 Brustballistaden (durchweg gutes und kerniges Holz), für 200 Mark, 40 Bohlen (24 Fuß lang und 2 Zoll stark) und 100 Meter gebrauchte Kanonen für 77 Mark, die beiden Blockhäuser für 200 Mark verkauft worden. Ein hölzerner Utensilien-Schuppen ist von der königlichen Regierung in Stettin zur Aufbewahrung verschiedener Geräthschaften der Poenemünder Festung für 60 Mark in Besitz genommen. Der ganze Erlös beträgt nur 573 Mark. Es ist somit die sogenannte Schanze, welche nach der Chronik von Polgast im dreißigjährigen Kriege und auch schon früher eine Rolle gespielt hat,

nunmehr definitiv als besetzter Punkt an der Mündung der Poene aufgegeben worden. Im letzten Kriege gegen Frankreich ist selbige noch militärisch besetzt gewesen. Wie wir hören, soll demnächst auch das Areal der Schanze verkauft werden.

Oderberg i. M. Seit etwa drei Wochen ist unsere Oder, die sogenannte alte Oder, nicht der große neue Oderstrom, welcher durch Friedrich den Großen von 1746—1753 zur Abkürzung des Fahrwassers zwischen Frankfurt und Stettin angelegt wurde, soweit das Weichbild unserer Stadt reicht, und noch weiter hinaus, derart mit Oderdampfen, wohl nahezu 1 1/2 Hundert bedeckt, daß vom Oderstrom wenig zu sehen ist. Wenige davon sind leer, die meisten mit Getreide, Weizen, Roggen, Gerste, Hafer u. beladen. Viele Schiffer hatten im Laufe des November noch Ladung in Stettin genommen, um Berlin noch zu erreichen. Theils schon auf der Fahrt, theils noch im Stettiner Hafen liegend, trat am 20. November das 14tägige Frostwetter ein, und Jeder blieb liegen, wo er war. Die Kälte schwand, der Strom wurde eisfrei, aber ehe die Schleusen des Finow-Kanals erreicht werden konnten, wurde derselbe am 10. Dezember geschlossen und die fammlichen nach Berlin dirigirten Schiffe mußten hier vor dem Eingang des Finow-Kanals bei Oderberg und tiefe Winterquartier nehmen. Der hiesige Hafen dürfte der schönste Winterhafen für die Schifffahrt auf der ganzen Oder sein. Er ist vom großen Oderstrom (neue Oder) mit seinem Eisgang durch einen starken Oderdeich mit einer Wehr- und Doppelschleuse abgesperrt, hat also keinen Eisgang, vielmehr durch die tausende von Quellen, die 7 bis 8 Grad warm in die Oder fließen, im Winter meistens offenes Wasser, was für die Schifffahrt von großem Vortheil ist. Aus diesen Gründen suchen auch die Schiffer gern den Oderberger Winterhafen auf. Der Wasserpiegel ist in der neuen wie in der alten Oder schon ziemlich hoch und noch im Wachsen begriffen, so daß die ganze Niederung von Oderberg, tiefe, Nieder-Finow bis Falkenberg und Freienwalde einen großen Wasserspiegel bildet, aus welchem nur die Weidenbäume und Gebüsche hervorragen.

Kunst und Literatur.

Die „Times“, eines der größten Journale der Welt, ist zugleich eines der ältesten; sie tritt am 1. Januar 1885 in das hundertste Jahr ihres Bestehens.

— Von einem Theaterunglück, welches sich am Sonntag zu Cholet (Maine et Loire) ereignete, schreiben französische Blätter: Während der Vorstellung gegen 9 1/2 Uhr ertönte plötzlich ein lauter Krach und der Deckbalken des Gebäudes stürzte mit schrecklichem Gepolter auf die von Zuschauern gefüllten Gallerien. Ein furchtbares Durcheinander entstand und erst allmählig gelang es, Zuschauer zu retten. Eine erhebliche Anzahl von Personen von verschiedener Altersstufe liegen nicht vor.

— Mit einer Monatsgabe von 100,000 Fr. ist der Pariser Tenorist Cassalle von Maurice Strakosky, welcher zur Zeit im Verein mit Mierzwinski's Impresario Alfred Bischoff das Apollo-Theater in Rom besetzt, für eine Amerika-Reise gewonnen worden. Cassalle erhält für die Zeit vom 1. Dezember 1885 bis 1. Mai 1886, also für fünf Monate, ein Honorar von 500,000 Frs.

— Adolf Arron's neues Lustspiel, „Der Weg zum Herzen“ betitelt, wird am 10. Januar im deutschen Theater (Berlin) erstmalig aufgeführt werden.

Bermischte Nachrichten.

— Die Menge von Fremden, die sich vorübergehend in der Metropole des deutschen Reiches aufhalten, wird nicht unerheblich gesteigert durch die Zahl derjenigen, welche wissenschaftliche, künstlerische oder gewerbliche Ausbildung in den verschiedenen öffentlichen und privaten Lehranstalten suchen. Ein buntes internationales Bild zeigt die Berliner Schneider-Akademie (Stechbahn 1 und 2) in der statistischen Uebersicht der Länder und Orte, aus denen sich ihre Zöglinge zusammensetzen. Im verflossenen Jahre wurde die Anstalt von 743 Schülern und Schülerinnen besucht. Von diesen entfallen auf Preußen 393, Sachsen 47, Baiern 36, die sächsischen Fürstenthümer 28, Rußland 27, Württemberg 23, Oesterreich-Ungarn 22, Baden 19, Mecklenburg 17, Hessen und Hamburg je 13, Braunschweig, Oldenburg, Elsaß-Lothringen und die vereinigten Staaten von Amerika je 9, Schweiz 7, Schweden und Bremen je 6, Norwegen, Elbe, Lübeck, Dänemark und Belgien je 5, England, die Niederlande, Frankreich und Italien je 4, Spanien und Brasilien je 3, Niederländisch-Indien 2 und Japan 1. Auf die drei Hauptabtheilungen für Herren-, Damen- und Wäsche-schneiderei kommen 224 bzw. 412 und 107 Schüler und Schülerinnen. Seit ihrem nunmehr achtjährigen Bestehen haben bereits 4158 Herren und Damen ihre fachwissenschaftliche, theoretische und praktische Ausbildung auf dieser bewährten Lehranstalt erhalten.

— Aus W o i c h n i k in Schlesiens, 27. Dezember, wird der „Post. Ztg.“ geschrieben: In dieser Woche sind in dem zum hiesigen Amtsbezirk gehörigen großen Thiergarten zu Groß-Dombrowa, Eigenthum des Majorats Herrn Grafen Hensel Hugo von Donnersmarck auf Siemianowitz, unbekannt Raubthiere eingebracht, welche in einer Nacht 15 Stück Roth- und Damwild geschlagen haben. Unter der hohen Umzäunung des Thiergartens fand man ein großes Loch ausgewühlt, wovon die herausgeschaffelte Erdmasse bis auf 4

Meter Entfernung weggeschleudert war. Im Thiergarten selbst fand man auf verschiedenen Stellen das geschlagene Wild mit aufgerissener Kehle, ohne sonst zerfleischt zu sein, liegen, und zwar 1 Spießhahn, 6 Stück Rahlwild und 8 Stück Damwild, worunter starke Schauler. Eine Spur von Raubthieren war nicht zu finden, da der Erdboden von Schnee entblößt und stark gefroren war. In den Raubeingängen gelegte Eisen und Abjagung des Thiergartens haben bis jetzt noch zu keinem Resultat geführt. Es ist zu vermuthen, daß aus Polen herübergekommene Wölfe die Eindringlinge gewesen sind, da Hunde, wenn solche auch mitunter auf Raubjagd ausgehen und auch Wild zu schlagen vermögen, dies doch nicht in dieser Weise ausführen, sich vielmehr mit einem abgefangenen Stück begnügen und dasselbe zerfleischen. Wölfe hingegen kennzeichnen ihre Raubgier in der angegebenen Weise, indem sie das geschlagene Wild abwürgen und ihm bloß den „Schweiß“ ausaugen. Dabei erscheint ein Einfall durch Wölfe auch insofern nicht zu auffällig, da in früheren Jahren in jedem Winter aus Polen herübergekommene Wölfe in den diesseitigen Grenzforsten erschienen und hier auch geschossen worden sind. In den letzten Jahren, nachdem das Geleise der Warschau-Wiener Eisenbahn gelegt worden ist, kam dies seltener vor, da sie das Eisenbahngeleise zu überschreiten sich nicht getrauten. Dennoch sind aber Wölfe in Polen nicht selten, und schon in einer Entfernung von 4 Meilen von hier, in den Felsenklüften des bewaldeten Bergrückens „der polnischen Schweiz“ bei Potof, eine Meile hinter Zarki, sind solche vorzufinden.

— (Herr Neumann aus Stettin.) Unter dieser Epigraphe erzählt das „B. Z.“: Nicht allein die Reichshauptstadt, sondern auch die Nachbarstädte derselben erfreuen sich des zweifelhaften Vorzuges, von Hochstaplern und Bauernfängern einer besonderen Aufmerksamkeit gewürdigt zu werden. In Spandau war vor einigen Monaten der Inhaber von H. W. Tiefes Hotel garni gestorben, und die Wittve beabsichtigte, das Anwesen zu verkaufen. Anfangs Dezember erhielt dieselbe den Besuch eines recht anständig gekleideten Herrn, welcher etwa 28—30 Jahre alt sein mochte, sich als Herr „Gustav Neumann aus Stettin“ vorstellte und die Absicht zu erkennen gab, das Hotel zu kaufen. Von seinem Vater, welcher Restaurateur in Stettin sei, erhalte er 12,000 Thaler, seine Braut bekomme eben so viel Mitgift und das werde wohl zur Anzahlung und zur Führung des Geschäfts ausreichen. Natürlich fand die Besitzerin des Hotels diese Offerte sehr annehmbar, und der kauslufstige Neumann quartierte sich, um einen Einblick in den Geschäftsbetrieb und den Umfang desselben zu gewinnen, in dem Hotel vollständig ein. Er legte auch ein sehr weitgehendes Interesse für die einzelnen Geschäftszweige an den Tag, kontrollirte in Küche und Keller und ließ dabei einen herrlichen Tag. Daß Alles „angeordnet“ werde, hatte er am ersten Tage klar gemacht und sie eine angenehme Verabredung mit Frau Neumann; natürlich mußte es der Kellertrauenswürdigsten Herrn, der ja nachher, ein Hofcorrespondent auch sehr eifrig mit seinen Correspondenten in Stettin und am Ende der zweiten Woche seines Aufenthalts konnte er mittheilen, daß seine Mutter selbst nach Spandau kommen werde, um sich das Hotel anzusehen. Am andern Abend ging auch Herr Neumann zum Empfang seiner Frau Mama nach dem Bahnhof; dieselbe kam jedoch nicht. Auch am zweiten Abend traf die Frau Mama nicht ein, aber am folgenden Tage würde sie bestimmt kommen. Bevor Herr Neumann am dritten Abend nach dem Bahnhof ging, entließ er sich noch einen Regenschirm — und seitdem ist er auf Nimmerwiedersehen aus Spandau verschwunden. Nachfragen bei der Polizeibehörde in Stettin haben nun ergeben, daß derselbe allerdings ein Restaurationssohn Gustav Neumann existirt, welcher jedoch in der fraglichen Zeit Stettin gar nicht verlassen hat und daher mit dem betreffenden Gast in dem Spandauer Hotel nicht identisch sein kann.

— Zwei Berliner Bankiers sind in den letzten Tagen wegen Unterschlagungen verhaftet worden. Der eine ist der Bankier W. Z., welcher das in der Kanonierstraße belegene Bankgeschäft seines im Monat September er. verstorbenen Bruders Julius übernommen und weitergeführt hatte. Wahrscheinlich hat Ersterer dies Geschäft weitergeführt, ohne von vornherein irgend welche Mittel zu besitzen, denn er begann seine Geschäftstätigkeit damit, daß er die Depositen und Werthpapiere, die ihm Kunden im Betrage von 40,300 Mark zur Umwechslung übergeben hatten, unterschlug und die ganze Summe für seine Börsenspekulationen und seinen Aufwand verbrauchte. Gleichfalls wegen Unterschlagung bedeutender Summen und Werthbeträge, welche ihm in Verwahrung gegeben waren, ist vor einigen Tagen der hiesige Bankier T. verhaftet worden.

— Eine Verlobung aus den höchsten Regionen befand sich unter der langen Kette von Verlobungs-Anzeigen, welche auch diesmal das Weichnachtsfest gezeitigt hat. Die „Post. Ztg.“ enthielt nämlich folgendes Inserat: „Die Verlobung unserer Tochter Ida mit dem Kaufmann Julius Kayser in Berlin beehren wir uns hiermit anzuzeigen. Glimmen in Pommern, im Dezember 1884. M. Prinz und Frau, geb. Fürst.“ — Prinz, Fürst, Kaiser — mehr kann man nicht verlangen.

— In deutschen Reichstage hat jede Fraktion eine Schnupftabakdose. Diese Do-

sen sind ein Geschenk des „wilden“ Abg. Sander, welcher auch stets für die Füllung derselben sorgt. Abgeordneter Sander ist nämlich Schnupftabak-Fabrikant.

Verantwortlicher Redakteur: B. Sievers in Stettin.

Telegraphische Depeschen.

Köln, 30. Dezember. Der „Allg. Anzeiger für Rheinland-Westfalen“ schreibt: „Es hat sich ein Ausschuss von über 100 Personen gebildet, dem die Spitzen verschiedener Behörden und die ersten Industriellen aus ganz Rheinland und Westfalen angehören, welcher Mr. Stanley eingeladen hat, ein Banket in dem großen Gürzenich-Saale in Köln mit seiner Gegenwart zu beehren. Dieser Aufforderung wird Mr. Stanley, dem Vernehmen nach, bei Gelegenheit seiner nächsten Reise von England zu dem fortgesetzten Beratungen der Konferenz am Mittwoch den 7. k. M. Folge leisten.“ Die genannte Zeitung fügt hinzu: „Es dürfte wohl keinem Zweifel unterliegen, daß dieses Fest Veranstaltung zu einem Stellschicken aller derjenigen werden wird, welche gewillt sind, die mit ebenso vielem Eifer als diplomatischem Geschick ins Werk gesetzte Kolonialpolitik der Reichsregierung mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu unterstützen.“

Limburg, 30. Dezember. Bischof Blum ist heute 4 Uhr Nachmittags verstorben.

Bremen, 30. Dezember. Die „Wefer-Zeitung“ erzählt, daß die Kaufkontrakte über die Santa-Lucia-Bay und das umliegende Gebiet, vom November datirt, bei dem Herrn Lüderth eingetroffen sind.

Wien, 30. Dezember. Die in der Defraudations-Affaire der Escompte-Gesellschaft Verhafteten, Ruffler und Anschläger, sind heute von der Polizei dem Landesgerichte eingeliefert worden. Ersterer unter dem Verdachte des Verbrechens des Betruges und der Mitschuld an dem Verbrechen des Diebstahls und der Veruntreuung, Letzterer unter dem Verdachte der Veruntreuung.

Wien, 30. Dezember. Die seiner Zeit Frankreich gegenüber angeordneten Cholera-Vorsichts-Maßregeln werden vom 1. Januar n. Js. ab aufgehoben.

Bern, 30. Dezember. Die sanitäre Beaufsichtigung der aus Italien und Frankreich kommenden Reisenden und die Kontrolle in den Gasthöfen, sowie die den Eisenbahn-Verwaltungen zum Schutze gegen die Cholera auferlegten Maßregeln werden übermorgen aufgehoben.

Haag, 30. Dezember. Erste Kammer. Auf eine von Franz van de Putte an die Regierung gerichtete Interpellation in Betreff der Gefangenennahme von Holländern durch französische Unterthanen am Kongo erwiderte der Minister von den Dingen des Innern, daß die französische Regierung die Angelegenheit in die Hand genommen und zuvorgehen habe, an Ort und Stelle Ermittlungen einzuleiten. Müller, Präsident der Holländischen Abgeordnetenversammlung, erklärte die Gefangenennahme von Holländern durch die Regierung Frankreichs nicht gethan haben könne, so lange eine Unklarheit in Bezug auf die Rechte des französischen Konsulats über die Holländischen Angelegenheiten herrsche, in welchen Umständen niedergebracht worden seien.

Paris, 30. Dezember. Der Marineminister macht bekannt, daß der Transportdampfer „Bientova“, über welchen verurtheilende Gerüchte verbreitet waren, am 23. d. Mts. in Saigon ergriffen ist und sich noch daselbst befindet.

Paris, 30. Dezember. Eine Depesche des Generals Briere de l'Isle vom 28. d. Mts. berichtet, daß in der Umgegend von Hongkong mehrere Gefechte mit Serräubern stattgefunden haben, bei welchen der Feind etwa dreihundert Tode und zwei Kanonen verlor, während die Franzosen keinen Verlust erlitten. Der Gesundheitszustand unter den Truppen ist vortreflich.

Paris, 30. Dezember. Die Nachricht, der französische Konsul in Tientsin habe Befehl erhalten, mit Vatenotre in Shanghai zusammenzukommen, entbehrt der Begründung.

Paris, 30. Dezember. Der „Temps“ bestatigt, daß den französischen Schiffsfahrts-Gesellschaften mehrere Transportdampfer abgemietht seien, welche sich bereit halten sollen, in der ersten Woche des Januar zwei in Algier stehende Regimenter nach dem Orient einzuschiffen.

Paris, 30. Dezember. Der Direktor der „Agence Havas“, Lebey, ist zum Offizier der Ehrenlegion ernannt worden.

Rom, 30. Dezember. Der Senat tritt am 10. Januar zur Beratung des Gesetzentwurfes betreffend die Sanirung der Stadt Neapel zusammen.

Petersburg, 30. Dezember. Das Militär-Bezirksgericht verurtheilte den früheren Beamten der Haupt-Militär-Medizinal-Verwaltung, Wirklichen Staatsrath Karitzky, wegen Bestechlichkeit bei Befugung von Aemtern in dem Militär-Medizinal-Resort zur Verbannung in eine entfernte Gegend Sibiriens. Der der Mitschuld angeklagte Beamte des Militär-Medizinalwesens, Karl Hero, wurde freigesprochen.

Kairo, 30. Dezember. Die ägyptische Regierung hat gegen die Entscheidung des Gerichtshofes erster Instanz in dem von der Staatsschuldenkasse angebrachten Prozesse die Berufung eingelegt. Die Angelegenheit wird am 14. k. Mts. vor den Appellations-Gerichtshof kommen. Wenn die Entscheidung der ersten Instanz bestätigt werden wird, dürfte die Staatsschuldenkasse alle Gehälter und Pensionen sequestriren lassen.

(Eine Neujahrsgeſchichte von Paul Gröger.

reich eingeführt, empfehle für 2
billiger Abonnementspreis v
6 *fl* pro halbes Jahr. 2
Unterhaltungspreis der von
gekauften Filter beträgt
4 Mark 50 Pfennige
halbes Jahr.

Die Anbringung erfolgt ge
nist, wodurch den geehr
Abonnenten bei mir 3 *fl*
spart werden.

G. Rüdiger, Frauenstr.
Spezialist:
Gas- u. Wasser-Anlagen

900.000 Mark
sollen ausschließlich auf
Bräuereien
zur I.-III. Stelle pari à 5 % auf 10 Jahre fest aus-
gegeben werden und kann Abwidmung jeden Tag erfolgen.
Messikanten erfahren Näheres auf Anfrage unter Chiffre
Bräuerei 8264 in der Expedition dieses Blattes,
Schulzenstraße 9, Stettin.